

„Wann ist ein Mann ein Mann?“ oder

Beinhaltet die Pandemie eine Chance, vom Waren-Wohlstandprojekt zum Care-Wohlstandprojekt zu kommen?

Gedanken zum Internationalen Frauentag 8.3. 2021 von Luise Gubitzer

„Wann ist ein Mann ein Mann?“, fragt Herbert Grönemeyer in seinem Lied „Männer“

Wann ist ein Mann ein Mann?

Wenn er, wie Kanzler Kurz, alle paar Tage eine Pressekonferenz abhält und staatstragend Gemeinplätze bekannt gibt?

Wenn der ehemalige Nationalratspräsident Dr. Andreas Kohl der Vorsitzenden der SPÖ im Fernsehen Gewalt androht: „Also als erstes, die Pamela Rendi-Wagner hat danach gerufen, ihr eine aufzulegen“? (OÖ Nachrichten 16.11.2020)

Wenn der Vorsitzende des Tokioter Organisationskomitees für die Olympischen Spiele Yoshiro Mori den Anteil von Frauen auf 40% zu erhöhen kritisiert mit den Worten „Wenn viele Frauen in einem Komitee sitzen, braucht es für die Diskussion viel Zeit“? (SN. 15.2.2021:4)

Wenn „Incel“ elektronisch verbreiten, Frauen hätten kein Recht in der Öffentlichkeit zu sprechen und sie ihren Frauenhass organisieren bis hin zu Attentaten auf Frauen?

Wenn die rechtsradikalen „Proud Boys“ rädelsführend das Capitol stürmen? (SN-5.2.2021:7)

Wenn Herr Kickl am 4.1. 2021 erklärt „Mein Kampfauftrag für 2021 lautet `Kurz muss weg`“ und prophezeit, dafür in absehbarer Zeit Massenproteste von Hunderttausenden zu mobilisieren? (SN. 5.1.2021:2)

Wenn vermögende Männer Parteien finanzieren, sodass Politiker Gesetze beschließen, deren Inhalte jene vorgeben?

Warum diese Fragen?

Die feministische Forschung und Ökonomie haben früh mit der Methode des Sichtbarmachens gearbeitet und Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, die Verteilung von unbezahlter Arbeit, von Führungspositionen, ... sichtbar gemacht.

Wenn man daher mit dieser Methode auf problematische Ereignisse und ihre Akteure schaut, dann werden sehr oft Männer sichtbar; Männer in ihrer Rolle als Entscheider und mit Macht. Wir wissen aus der Frauenforschung und der Analysekategorie Gender, dass Männer- wie Frauenrollen gemacht sind. In dieser institutionellen,

strukturellen Verfasstheit kommen im Folgenden einige Männer und Männergruppen vor.

Es gibt viele Gründe, warum das wichtig ist. Einer ist der des patriarchal verfassten Staates, den großteils Männer in ihren politischen Funktionen gestalten. Zwar hat die Politologin Birgit Sauer in ihrer Habilitationsschrift „Die Asche des Souveräns“ herausgearbeitet, dass es auch einen frauenfreundlichen Teil des Staates gibt. Aber das war vor den 90er Jahren. Seither hat der Neoliberalismus gewütet und diesen Teil enorm reduziert. Auch wenn es Frauen in der Politik gibt, wie in der derzeitigen Regierung, handeln viele davon nicht feministisch.

Nun hat die Pandemie gezeigt, dass genug Waren vorhanden sind – Klopapier, Dosenbier, Tiefkühlpizzas. Das heißt, der Waren-Wohlstand, dessen Projekt Adam Smith 1776 als Marktprojekt mit Privateigentum entwarf, war von der Pandemie nicht wirklich gefährdet. Woran es mangelt, ist ein Care-Wohlstand.

Dieser, und das hat die Pandemie auch gezeigt, ist aber zentral für menschliches Leben, für gutes Leben auch jener, die die Care-Arbeit in der Krise leisten. Das sind mit und ohne Krise vor allem Frauen in vielmals schlecht bezahlter Erwerbsarbeit und in unbezahlter Arbeit. Care-Wohlstand wurde und wird vor allem von Frauen geschaffen, und sie haben auch in der Krise versucht, diesen so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Auf ihre Kosten.

‘Erst als zwanzig Bundesheersoldaten ins Lager einmarschierten, habe ich gemerkt, wie wichtig meine Arbeit ist.’ (Eine Lagerarbeiterin in Ö1 am 6.3.2021)

Am Anfang der Pandemie gab es Applaus, Blumen und Bonbonnieren.

‘,300,- Euro im Monat wären wichtiger gewesen als der Applaus.’

(Eine Care-Arbeiterin, ebd.)

Der erstarkte Staat. Was soll Frau tun?

Jahrzehntelang haben sich Staaten auf die Rolle reduziert, private Wertschöpfung zu ermöglichen, ohne sich an den daraus entstanden Gewinnen zu beteiligen, und versucht, For-Profit-Unternehmen nachzuahmen.

Bereits vor der Pandemie, 2019, hat Mariana Mazzucato geschrieben, dass es einen selbstbewussten und fähigen Staat braucht, der seinen eigenen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, zum öffentlichen Wert kennt. Er braucht das Selbstvertrauen, „sich für diesen öffentlichen Wert stark zu machen“. Der Staat habe sich die Rolle zur Gestaltung der Wirtschaft zu nehmen, seinen Beitrag zum nationalen Produktionsergebnis – BIP auszuweisen und das Recht der Steuerzahler*innen auf einen Anteil „an den Früchten des kollektiven Wertschöpfungsprozesses“ zu realisieren (ebd. 301).

„Gesellschaften haben sich jahrzehntelang von angeblichen Sachzwängen und angeblichen Wünschen des Marktes treiben lassen und darüber ihren eigenen Handlungsspielraum vergessen.“ (Ein Soziologe in Ö1, 23.1.2021)

In der Pandemie haben Regierungen und Parlamente uns wieder ins Bewusstsein gerufen, dass der Staat innerhalb des gesetzlichen Verfassungsrahmens viele Handlungsmöglichkeiten hat. Wofür er sie genutzt hat, nämlich für Kontrolle, Überwachung und Einschränkung demokratischer Mitbestimmung, wird teilweise sehr kritisch gesehen und diskutiert. Aber er hat sie auch genutzt, um die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Gesundheit aufrechtzuerhalten. Er hat gewinnorientierten Unternehmen Überbrückungshilfen zur Verfügung gestellt, NPOs mit einem Fonds unterstützt und mit dem Kurzarbeitsmodell Erwerbstätigen ein bestimmtes Einkommen gesichert. Zu all dem gibt es auch Einwände. Aber es hat sich auch gezeigt, dass der öffentliche Sektor – Staat neben dem Haushaltssektor der wichtigste wirtschaftliche Akteur in der Corona-Krise geworden ist. Er wurde in der Pandemie gestärkt und hat an Handlungsspielraum gewonnen.

Daraus sollten Frauen, auch im Sinne des Ansatzes von Mariana Mazzucato, etwas machen. Potenziell wäre nun für Frauen als politische Bürgerinnen und Care-Arbeit Leistende, die Situation gegeben, diese Bedeutungszunahme des Staates und das Sichtbarwerden der Wichtigkeit der Care-Arbeit für ein Care-Wohlstandsprojekt zu nutzen. Der Staat müsste in seine eigenen Fähigkeiten, zum Beispiel in die öffentlichen Care-Güter investieren, schauen, welche Mittel er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen und diese aufbringen. Er müsste in diese Richtung stärker als öffentlicher Akteur auftreten. Frauen könnten helfen, das zu realisieren. Aber da kommt das Dilemma. Der Öffentliche Sektor – Staat ist patriarchal und überwiegend maskulin, ja in der Pandemie noch maskuliner geworden. Das zeigt sich zum Beispiel in Österreich bei den staatstragend inszenierten Presse-Aufmärschen von den Herren Kurz, Nehammer und Co. und darin, wie häufig diese erfolgen.

Was tun? Besteht nicht die Gefahr, dass Männern noch mehr Möglichkeiten gegeben werden zu zeigen, wann ein Mann ein Mann ist, und sie etwas gänzlich Gegenteiliges daraus machen, nämlich die Fortsetzung des Waren-Wohlstandsprojekts, nun in den Care-Bereichen? Zudem sind öffentliche Stimmen von Frauen und damit Frauen, die öffentlich sprechen, einem immer größeren Hass ausgesetzt.

Herr Andreas Kohl und Herr Yoshiro Mori: „Stimme haben, Stimme bekommen, Stimme sein“

In einem Gespräch der Universitätsprofessorin für Historische Musikwissenschaft Melanie Unseld mit Helmut Jaspar ging es im Klassiktreffpunkt (Ö1 20.2.2021) um Frauenrollen in der griechischen Mythologie und ihre Verarbeitung in Opern bzw. darum, wie es da mit dem „Stimme haben, Stimme bekommen, Stimme sein“ der Frauenfiguren steht. Zum Beispiel gibt in einer Oper ein weibliches Wasserwesen seine Stimme für den Erhalt von Füßen. Von da an hat es keine Stimme mehr. In vielen Opern wird mit singenden Frauen Liebe, Begehren, Sexualität verbunden, aber nicht eine politische Stimme. Dies als Beispiel dafür, wie Kultur dazu beiträgt, Frauenbilder zu prägen.

„Vor allem um die Jahrhundertwende waren solche Opern beliebt, als das Thema Frauenstimmrecht ein umkämpftes Thema war.“ (Melanie Unseld ebd.)

Die Antike konnte sich die wissende Frau, die eine Stimme hat, vorstellen. In der Aufklärung war die Idee, dass Frauen eine eigene Stimme haben, „eine provokante Idee“. Für die Aufklärer war das „ein Affront“.

Dass Frauen eine öffentliche Stimme und das Wahlrecht haben, ist menscheitsgeschichtlich sehr jung. In den meisten europäischen Ländern ist das Stimmrecht der Frauen bei Wahlen ca.100 Jahre alt. Dass mehrere Frauen öffentliche Funktionen einnehmen, öffentlich sprechen und gehört werden, ist noch viel jünger.

Herr Yoshiro Mori und Herr Andreas Kohl sprechen Frauen diese Stimme ab. Herr Kohl begleitet das mit einer Gewaltandrohung (siehe Seite 1). Und mit dem, nicht erst durch die Pandemie zu beobachtenden, Rückschlag werden Errungenschaften, die von Frauen mit der Unterstützung von Männern erkämpft wurden, wieder in Frage gestellt. Hervorgerufen durch die ökonomische Situation gibt es Bestrebungen von Männern und Männergruppen, jede Frau und jeden Mann wieder in traditionelle Rollen zu bringen.

Seit Frauen in der Öffentlichkeit Positionen einnehmen, wodurch ihre Stimmen auch öffentlich gehört werden, gibt es Gegenbewegungen, in denen vorwiegend Männer den Frauen diese Stimmen durch öffentliche Schmähungen absprechen. Dabei geht es meist nicht darum, was Frauen sagen, sondern darum, dass sie Frauen sind.

Nach Hannah Arendt ist das öffentliche Sprechen in der Ausübung der Tätigkeit des politischen Handelns die menschenwürdigste Tätigkeit. Indem verschiedene Männer wie Herr Kohl und Herr Yoshiro Mori Frauen das Sprechen absprechen, sprechen sie Frauen ihr Menschsein und ihre Würde ab. Und das tun tendenziell alle, die *political correctness* gegenüber Frauen und beim Sprechen über Frauen beeinspruchen. In den schrecklichsten und abschreckendsten Formen tun das die Hassposter und jene Männergruppen, die den Hass in körperliche Attacken bis zur Ermordung von Frauen führen. Ein Beispiel.

„Incels“: Männer, die Frauen ihre private und öffentliche Stimme organisiert nehmen wollen

Der Begriff „Incels“ ist zusammengesetzt aus den Wörtern „*in*voluntary“ und „*cel*bite“. „Incels sind unfreiwillig enthaltsam lebende Männer, die immer radikaleren, misogynen Weltanschauungen anhängen und ihren Frauenhass in der `Mannosphäre` organisieren, also im männlich dominierten Internet.“ (Susanne Kaiser 2021:9f.). In ihren Foren kultivieren und organisieren sie ihren Frauenhass und vernetzen sich weltweit „besonders in rechtsextremistische und rechtsterroristische Kreise hinein“ (ebd.:23). Seit 2017 wird ein sprunghafter Anstieg an *Incels* festgestellt. Das Forum *4chan* hat zum Beispiel rund 27 Millionen Besucher pro Monat (siehe ebd.:47).

Incels beschränken sich aber nicht nur auf die digitale Welt, sondern nehmen auch Einfluss auf die analoge Welt, indem sie Attentäter hervorgebracht haben, die es spezifisch auf Frauen abgesehen hatten (siehe ebd.: 64ff.). Journalisten, Juristen, Politiker sprechen bei misogynen Attentätern häufig verharmlosend von Einzeltätern und tun sie als geistig verwirrt ab. Dem gegenüber setzen sich Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Autor*innen dafür ein, dass Misogynie als Tatmotiv anerkannt und diese

Gruppen als terroristische eingestuft werden. Damit wären sie unter Beobachtung und Frauen vor ihnen größtmöglich geschützt.

Das derzeitige Gesellschaftssystem halten *Incels* für ungerecht, weil Frauen selbst über ihren Körper bestimmen können, sie entscheiden können mit wem sie zusammen sein wollen und vor allem, weil es Frauen ermöglicht, ökonomisch von Männern unabhängig zu sein.

*„Die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen führe zum zivilisatorischen Kollaps.“
(Susanne Kaiser 2021:50)*

Mit ihrem Kampf gegen den Feminismus wollen sie wieder Kontrolle über Frauen erlangen. Und vor allem sollen Frauen ökonomisch abhängig gemacht werden, wie es über Jahrhunderte der Fall war. Frauen sollen keiner eigenständigen Erwerbstätigkeit nachgehen können, sollen über kein eigenes Einkommen verfügen. Weltweit ist das noch heute für Millionen von Frauen die Realität.

Incels reaktivieren traditionelle Frauen- und Männerbilder, fordern traditionelle Rollen für das jeweilige Geschlecht ein und versuchen, dies auch mit Gewalt durchzusetzen. Privat und öffentlich. Lokal bis global. In der Pandemie hat das zugenommen.

*„Der Backlash ist real, und er ist gewalttätig“
(Jess Hill in Kaiser 2021:107)*

Incels und andere rechtsgerichtete Gruppen wollen Frauen und Männer wieder bestimmten Sphären zuteilen, bestimmen, wer drinnen und wer draußen wirken darf: Männer in der öffentlichen Sphäre, Frauen im Haushalt. Die öffentliche Stimme soll verstummen wie in einigen Opern.

Das heißt, neben dem „Stimme Bekommen, Stimme Haben, Stimme Sein“, geht es wieder um die Selbstbestimmung von Frauen über ihr Denken, ihren Körper und ihr Tun.

„Systemarbeiterinnen“ – welchen Systems?

Care-Wohlstandsprojekt versus Fortsetzung des Waren-Wohlstandprojektes

Ich kann hier das Care-Wohlstandprojekt nicht entwerfen. Aber Care ist ein Begriff, der für Qualität steht, für fürsorglich, schonend, pflegend. Care steht für Arbeitsplatzqualität, für qualitative Arbeitsbedingungen, die es den Care-Arbeiter*innen ermöglichen, eine qualitätsvolle, gute Care-Arbeit zu leisten. Care steht für ein Einkommen, das eine gute Lebensqualität ermöglicht. Care steht für eine Arbeitszeit, die Zeit für Erholung und für politische Arbeit lässt. Care steht für Vereinbarungsbedingungen, damit qualitätsvolle Erziehungs-, Versorgungs- und Pflegearbeit im Haushalt geleistet werden kann.

Das gilt für die typischen Care-Bereiche Gesundheit, Bildung, Beratung, Führung, Handel und für unterstützende Care-Bereiche wie zum Beispiel Reinigung. Aber auch für die Landwirtschaft und sonstige naturbezogene Bereiche. Die feministische

Ökonomin Nancy Folbre meint, dass Care für alle Wirtschaftsbereiche, für alles Wirtschaften gelten sollte.

Geleistet wird Care-Arbeit vor allem im Öffentlichen Sektor, in NPOs im Dritten Sektor und im Haushaltssektor. Wenig im For-Profit-Sektor. Einige im Illegalen-Kriminellen Sektor. Das zur Kenntnis nehmend, stellt sich die Frage: „Systemarbeiterinnen“ zur Erhaltung von welchen Systems? Wohl nicht des kapitalistischen. Ihm entspricht der For-Profit-Sektor, und dort erfolgt außer im Handel und in der bezahlten Reinigung wenig von der in der Pandemie sichtbar gewordenen Versorgungsarbeit. Denn der Kapitalismus hat sich bei der Schaffung von Care-Wohlstand für alle Menschen nicht bewährt. Ein Beispiel dafür sind die USA, wie Barack Obama in der Schilderung seines Kampfes für den „*Patient Protection and Affordable Care Act*“, als „*Obamacare*“ bekannt, zeigt (siehe Obama 2020:467ff.).

Mit den Care-Bereichen lässt sich auch schwer die Illusionskraft des Kapitalismus erzeugen, wie er sie so gut beim Warenwohlstand erzeugen konnte und kann. Das hat Adam Smith schon 1776 erkannt. Denn Care-Arbeit hat direkt und indirekt mit Menschen zu tun, auch mit ihrem Körper. Wie gut die Arbeit ist, wird daher sofort sichtbar und spürbar.

Die Pandemie hat ein Bewusstsein für die Körperlichkeit des Menschen geschaffen. Und das auf der gesamten Welt. Denn potenziell ist jeder Mensch in Gefahr, Coronakrank zu werden. Das hat geeint, aber auch zu Abgrenzungen, zu Isolation geführt. Was jetzt gebraucht wird, ist Solidarität – globale. Und auch darin ist der Kapitalismus nicht gut. Die Impfkonzerne führen das gerade vor.

Welches System daher aus einem Care-Wohlstandsprojekt hervorgeht, ist offen. Es muss aber von Frauen angestoßen und von Care-Arbeiter*innen, Interessensvertreter*innen, Wissenschaftler*innen gemeinsam entwickelt, eingefordert und mitgestaltet werden. *Femme Fiscale* hat ein „Feministisches Konjunkturpaket“ erstellt, das einen Einstieg in ein Care-Wohlstandsprojekt darstellt. Weltweit können Care-Ökonominen mit ihrer Expertise mitarbeiten. In Österreich erfolgt dazu wichtige Forschung am „Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie“ an der WU Wien. Es ist daher personell und finanziell aufzustocken.

Für das Care-Wohlstandsprojekt brauchen Frauen ihre öffentliche Stimme und freie Zeit, denn nur durch das politische Handeln von Frauen hat es eine Chance. Und diese Stimmen müssen rasch erhoben werden.

Denn aufgrund der patriarchalen Verfasstheit des Staates ist die Gefahr groß, dass statt des Care-Wohlstandsprojekts das Waren-Wohlstandsprojekt fortgesetzt wird. Das war und ist ein Projekt von Männern. Um die in der Corona-Zeit gemachten Staatsschulden zu finanzieren, aber auch um männliche Interessensgruppen zu bedienen, wird es Bestrebungen geben, dies mittels Budgetausgabenkürzungen, mittels Austerität zu tun. Die Privatisierung öffentlicher Care-Güter bietet sich dazu an.

Die Fortsetzung des Waren-Wohlstandsprojekts, ausgedehnt auf Care-Bereiche wie Gesundheit und Bildung, heißt deren Privatisierung und Industrialisierung. Die Wirtschaftsweise, die Kategorien, die Messverfahren, die Arbeitsorganisation der Waschmaschinen- und Schuherzeugung werden auf die Care-Bereiche angewendet.

Das zeigen zum Beispiel die Erfahrungen in England bei der Privatisierung öffentlicher Güter wie zum Beispiel Gesundheit und Bildung. Qualitative Care-Leistungen erhalten nur sehr kaufkräftige Nachfrager*innen. Für den Großteil der Care-Arbeiter*innen haben sich Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Einkommen verschlechtert.

Die Fortsetzung heißt weiters, dass wo immer möglich Arbeit durch Kapital substituiert wird, zum Beispiel durch den Einsatz von Robotern, wie er in der Pflege bereits erfolgt. Es bedeutet weitestgehende und weitestgehend unreflektierte Digitalisierung der Care-Bereiche, wie sie bereits in der Pandemie begonnen hat.

Aus all den Gründen hat das Care-Wohlstandsprojekt auch seine Finanzierung und den Erhalt und Ausbau der Demokratie zum Inhalt.

Die „Proud Boys“: Wieviel Privatvermögen verträgt die Demokratie?

Werden Vermögende weiter vermögender werden und die Demokratie unterwandern, oder gelingt ein neues Steuersystem?

Das Care-Wohlstandsprojekt braucht die Demokratie und eine Finanzierung. Beide Aspekte hängen eng zusammen.

Die Pandemie hat manche Vermögende noch vermögender gemacht. „Im Corona-Jahr sind die 10 reichsten Menschen um 400 Ma. Dollar reicher geworden.“ (Philipp Blom Ö1, 12.2.2021).

Neben Finanzmarktakteuren können in und durch die Pandemie Digitalunternehmer, Lebensmittel- und Warenkettenbesitzer, Eigentümer von Gesundheits- und Pharmakonzernen enorme Zuwächse ihres Vermögens verzeichnen. Meist sind die Eigentümer Männer. Darüber, wie viele es genau sind und wie viele Frauen darunter sind, könnte nur eine geschlechterdifferenzierte Vermögensstatistik Auskunft geben. Mit dem Vermögenszuwachs haben Vermögende auch einen enormen Machtzuwachs erhalten.

Warum ist das insbesondere für Frauen relevant? Weil Mann mit Vermögen etwas zu tun vermag.

Was Vermögende vermögen: Die Verwendungsseite

Das verstörendste und einschneidendste Beispiel, was Vermögende vermögen, geschah für mich am 6.1.2021 in den USA, als überwiegend Männer, rädelsführend dabei die „Proud Boys“, das Capitol stürmten. Fünf Menschen starben.

Dieser Sturm war ein substantieller Angriff auf die Demokratie. Denn das Parlament ist die Grundsubstanz der Demokratie. Im Parlament werden durch politisches Handeln, durch miteinander Sprechen und Diskutieren Gesetze beschlossen. Der Sturm war Gewaltanwendung, das genaue Gegenteil von Parlamentarismus, denn `die Gewalt ist stumm` (Hannah Arendt). Der Sturm war eine Folge von vier Jahren Präsidentschaft, während der der Präsident und die republikanischen Abgeordneten die konstitutiven Grundlagen der Demokratie unterminierten.

Was mich dabei nicht loslässt ist, dass dieser Präsident und viele republikanische Abgeordnete beider Häuser von vermögenden US-Amerikanern finanziell unterstützt wurden, so dass sie überhaupt kandidieren konnten und gewählt wurden. Ja, dass sie diese tektonische Verschiebung von dem, was in einer Demokratie noch gesagt und getan werden kann, direkt und indirekt mit herbeiführten. Neben der Finanzierung von Kandidat*innen finanzieren Vermögende auch Think Tanks und Medien wie Fox News und haben auch damit wesentlich zur Rechtsradikalisierung beigetragen.

„Und wie sich zeigte, war die Tea Party auch keineswegs die spontane Basisbewegung, die sie zu sein vorgab. Von Anfang an hatten von den Koch-Brüdern finanzierte Organisationen ... im Bündnis mit anderen konservativen Milliardären, ... die Bewegung systematisch gefördert.“

(Barack Obama 2020:565)

Das heißt, vermögende Männer und vielleicht auch Frauen – aber davon gibt es viel weniger, auch in den USA – haben diese Transformation der Demokratie und Politik, die in der Stürmung des Capitols mündete, essentiell hervorgebracht. Will das amerikanische Volk die Demokratie zurückgewinnen und die Situation verändern, dann muss es die Einkommens- und Vermögensverteilung verändern.

Und das führt nicht nur in den USA, sondern in allen Ländern, in denen es so exzessive Ungleichgewichte in der Vermögensverteilung gibt, dass die Vermögenden die Demokratie gefährden können, zur Frage: Wieviel ist genug? Genug an Privatvermögen, an Macht, an Einfluss? Wieviel Vermögen verträgt die Demokratie? Und wieviel Privatvermögen ist mit dem Erhalt der frauenpolitischen Errungenschaften und für noch notwendige Maßnahmen zur Gleichstellung von Mann und Frau vereinbar? Denn rechtskonservative bis rechtsradikale und rechtsterroristische Gruppen sowie rechtsradikale Regierungen haben ein Frauen- und Männerbild, das für alle Geschlechter höchst alarmierend ist.

Die Fragen sind nicht allein von Expert*innen zu beantworten, sondern brauchen einen demokratischen Diskussionsprozess, an dem sich Frauen prominent beteiligen müssen.

„Dieses Thema gehört an die Demokratie rückgebunden.

Das ist kein Thema des Marktes.“ (Martin Schürz, ebd.)

Als Ausgangsbasis der Diskussion bietet Martin Schürz in seinem Buch (2019) und in Gesprächen das Bild vom „Überreichtum“ von Platon an.

“Mit Überreichtum habe ich einen Begriff des Zuviel. Und das ist eine Grundlage für die Diskussion der Fragen: Wieviel an Privatvermögen sollen Menschen haben? Wo ist die Grenze?“ (Martin Schürz Ö1, 12.2.2021)

Diese Diskussion ist aber schwierig, weil es zum einen nur wenige bis keine Daten gibt, weil eine Vermögensstatistik fehlt. Sie ist aber zum anderen auch schwierig, da bis zum ersten Buch von Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (2013) die Vermögensverteilung nicht im öffentlichen Blick war. Die meisten Menschen interessieren sich für die Einkommensverteilung. Denn das ist ihr Zugang zu Geld.

Vermögen zu haben bedeutet Wertpapiere zu haben, Unternehmen zu haben, Immobilien zu haben. Vermögen hat ganz andere Möglichkeiten. Es kann auch das eigene Leben überdauern. Es bleibt da. Arbeitseinkommen ist weg, wenn die Erwerbsarbeit, der Job weg ist.

Bei der Verwendungsseite geht es darum, was Vermögende mit Vermögen vermögen. Ich habe dazu oben ein Beispiel gebracht. Häufig aber geht es in den Medien und Diskussionen nur darum, wie gütig, barmherzig, wohlütig Vermögende sind und dass sie (mit wenigen Prozenten) ihres Vermögens Sozial-NPOs finanzieren. Wird aber zunehmend das Sozialsystem auf Privatstiftungen umgestellt, dann ist das ein fundamentaler Systemwechsel. Es wird das derzeit in Österreich bestehende Recht auf Sozialleistungen und öffentliche Care-Güter durch das Angewiesensein auf die Gutwilligkeit des Wohltäters ersetzt.

Vermögende kaufen sich aber auch eine Sonderstellung im politischen Prozess. Mittels Lobbyisten beeinflussen sie die Entstehung von Gesetzen, sodass Parlamente ausgehöhlt werden. Und konservative Abgeordnete nutzen ihre Macht auch dazu, Frauenrechte einzuschränken. In Arkansas unterzeichnete der konservative Gouverneur gerade „ein umstrittenes Gesetz, das Schwangerschaftsabbrüche selbst nach einer Vergewaltigung oder Inzest untersagt.“ (SN.11.3.2021:7)

Wie kann die Gesellschaft, wie können Frauen und Männer als politische Bürger*innen weitere Entwicklungen in diese Richtung verhindern? Dazu ist auf die Entstehungsbedingungen von Vermögen zu schauen.

Wie entsteht Vermögen? Entstehungsbedingungen

*„Das Schaffen von Vermögen hat seine Wurzeln immer im Kollektiven und Sozialen. Es gibt keine rein private Vermögensbildung. Bill Gates hat seine Computer nicht aus sich heraus erfunden, sondern tausende Computerwissenschaftler dazu gebraucht.“
(Markus Marterbauer Ö1, 23.1.2021)*

Die Entstehung von Vermögen ist weder ein Naturphänomen noch das Ergebnis von heroischen Anstrengungen von einzelnen Männern. Vermögen entsteht immer „eingebettet“, um es mit einem Begriff von Karl Polanyi auszudrücken.

Wie diese Einbettung historisch ausgesehen hat, zeigt Thomas Piketty vor allem in seinem zweiten Buch „Kapital und Ideologie“ (2020). Es sind überwiegend institutionelle Machtverhältnisse, menschenverachtende, ausbeuterische, tötende Zusammenhänge in der Geschichte und in den verschiedenen Erdteilen, in die die Entstehung von Vermögen eingebettet war. Piketty zeigt aber auch, dass Entstehungsbedingungen immer wieder einem Wandel unterzogen waren. Sie sind also kein Sachzwang, können und müssen auch heute einem Wandel unterzogen werden.

Eingebettet ist die legale Entstehung von Vermögen in einem demokratischen Rechtsstaat in die Wirtschaftsverfassung und das Strafrecht, in Institutionen wie dem Eigentumsrecht, dem Schutz des Privateigentums. Es ist eingebettet in die Arbeits- und Sozialgesetze und abhängig davon, ob gesetzlich Gewerkschaften zugelassen

sind. Auf diese gesetzlichen Rahmenbedingungen haben Vermögende im Neoliberalismus im Gesetzgebungsprozess enormen Einfluss genommen. Die Deregulierung hat zu Lohnsenkungen, Flexibilisierung und Atypisierung von Arbeit und zu geringerem sozialen Schutz geführt, wodurch die Gewinne und damit auch die Vermögen enorm erhöht werden konnten. Gemeinsam mit diesen Entwicklungen erstarkte auch der Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsextremismus.

Weitere Entstehungsbedingungen, in die Vermögen in den letzten Jahrzehnten eingebettet war, hat Mariana Mazzucato in ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ (2013), das im gleichen Jahr wie das erste Buch von Piketty veröffentlicht wurde, gezeigt. In die Bildung von Privatvermögen von Unternehmer*innen und Unternehmensaktienbesitzer*innen wie Digitalunternehmen und Pharmakonzernen sind enorme öffentliche steuerfinanzierte Vor-Leistungen eingeflossen, ob in Form der öffentlichen Güter, als direkte Subventionen oder als Patentschutz. Dies, ohne dass der Staat an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt wird. Derzeit geschieht dies vermutlich bei Impfstoffen.

Frauen und Männer tragen aber nicht nur durch Steuerzahlungen, sondern vor allem durch ihre Arbeitskraft ganz wesentlich zur Entstehung von Vermögen bei. Ich greife als Beispiel den Handel heraus. Eigentümer*innen von Lebensmittel- und Warenhausketten zählen in allen Ländern der Welt zu den Menschen mit den größten Vermögen. In Österreich war das viele Jahre Karl Wlaschek als Eigentümer von Billa. Heute sind dies die Eigentümer*innen von REWE und Spar, deren Umsätze im Corona-Jahr enorm zugenommen haben. Bei Spar Österreich stiegen die Bruttoverkaufsumsätze im Lebensmittelhandel 2020 um fast 16%. Der Marktanteil liegt jetzt bei 34,6%. Spar ist damit Marktführer. (SN. 12.3.2021:15)

Der Handel zählt zu den Branchen mit den niedrigsten Löhnen, den flexibelsten Arbeitszeiten zum Vorteil der Handelsunternehmen und den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Es sind überwiegend Frauen, die im Handel arbeiten und daher mit ihrer Arbeit zur Entstehung des Vermögens beitragen. Hinzu kommt bei Warenhandelsketten auch die vermögensschaffende Arbeit von Frauen, die zu niedrigsten Löhnen und schlechtesten Arbeitsbedingungen in Ländern des Südens die Waren erzeugen. Zudem sind es die Frauen, die die Produkte einkaufen und mit unbezahlter Arbeit Lebensmittel verarbeiten, die Produkte wie Putzmittel anwenden und die Gebrauchsgegenstände pflegen. Frauen tragen in allen Branchen, in denen es einen *Gender Wage Gap* gibt - und das sind fast alle - auch damit weltweit zur Entstehung von Vermögen von meist Männern bei.

Es gibt also auch für Frauen viel zu diskutieren und viele gut belegte Gründe, eine Erbschaft- und Vermögenssteuer, eine progressive Einkommenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine Digitalsteuer, aber auch Ökosteuern einzufordern. Sofort umsetzbar wäre die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe wie sie von Attac gefordert wird. Ebenso die Schließung aller Steueroasen und die Einführung einer geschlechterdifferenzierten Vermögensstatistik. Denn neben dem Finanzierungsaspekt für ein Care-Wohlstandsprojekt und die in der Pandemie entstandene Staatsverschuldung geht es ganz wesentlich auch um den demokratiepolitischen und ökonomischen Lenkungseffekt dieser Steuern.

Das „wirtschaftlich Notwendige (ist) eine bessere Verteilung“, „eine bessere Eigentumsverteilung“, die sich „durch die vereinigten Anstrengungen der Klugheit und Mäßigung des einzelnen und durch eine die Vermögensgleichheit begünstigende Gesetzgebung erreichen läßt“. Die Summe, die jemand „durch Geschenk oder Erbschaft erwerben kann, (würde) auf einen Betrag beschränkt ..., der zur Sicherung einer mäßigen unabhängigen Stellung ausreichte.“

(Harriet Taylor und John Stuart Mill 1848: 387f.)

Die Situation ist trotzdem günstig

Der Staat hat durch die Pandemie einen Machtzuwachs erfahren und großen Handlungsspielraum sichtbar gemacht. Es wird entscheidend sein, für welches Projekt diese Macht eingesetzt wird. Entscheiden tun dies die Wähler*innen, also auch die Frauen.

Die Bedeutung der Care-Arbeit für das Leben von Menschen und für die Versorgung wurde in der Pandemie sichtbar – weltweit (siehe WIDE 4/2020).

In dieser Situation könnte ein Care-Wohlstandsprojekt angestoßen werden. Und das auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur globalen. Vor allem von Frauen, denn sie leisten auf allen Ebenen den Großteil der die Versorgung aufrechterhaltenden Care-Arbeit. Das Konjunkturpaket von *Femme Fiscale* ist dazu ein Anfang.

Die Initiierung eines Care-Wohlstandsprojektes braucht die öffentliche Stimme von vielen Frauen. Diese wird ihnen aber von Männern wie Andreas Kohl und Yoshiro Mori bis hin zu den *Incels* abgesprochen. Öffentlich sprechende Frauen riskieren, von Hasspostern auf das Schrecklichste verfolgt zu werden. Gesetze, wie eines in Österreich 2020 geschaffen wurde, sind daher umfassend anzuwenden.

Für das Care-Wohlstandsprojekt braucht es eine Finanzierung und ganz wesentlich eine funktionierende Demokratie, an der Frauen ohne Angst teilnehmen können. Diese wurde und wird in der Pandemie aber enorm beschädigt. Aktuell von Herrn Kickl mit seinen rechtsradikalen Brandreden. Auch ist die Demokratie durch eine extrem ungleiche Vermögensverteilung, durch eine Vermögenskonzentration, vor allem bei Männern, gefährdet. Nicht nur in den USA.

TROTZDEM: Die Initiierung eines Care-Wohlstandsprojekts ist möglich – jetzt!

Frauen brauchen die Demokratie, brauchen die freie öffentliche Rede, brauchen ein emanzipatorisches Frauen- und Männerbild, brauchen ein existenzsicherndes eigenständiges Einkommen, das ihnen ihre Unabhängigkeit ermöglicht; Frauen brauchen die erworbenen Rechte, um ein politisches und gutes privates Leben führen zu können. Und Frauen brauchen die Solidarität – weltweit.

Hoch der Internationale Frauentag 2021.

Wien, im März 2021

Verwendete Quellen:

Femme Fiscale (2021): Mehr für Care! Sorgen wir für ein gutes Leben für alle. Das Feministische Konjunkturpaket. Wien.

Kaiser, Susanne (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen. Berlin.

Mazzucato, Mariana (2013): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München.

Mazzucato, Mariana (2019): Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern. Frankfurt am Main.

Mill, John Stuart und Harriet (1848/1921): Grundsätze der Politischen Ökonomie. Jena.

Obama, Barack (2020): Ein verheißenes Land. München.

Piketty, Thomas (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München.

Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie. München.

Schürz, Martin (2019): Überreichtum. Frankfurt am Main.

WIDE (2020): Gender & Covid-19-Krise. WIDE-Update 4. Wien.

OÖNachrichten 16.11.2020 online.

Salzburger Nachrichten: 5.1.2021: Kickl will Massenproteste gegen Kurz. Seite 2.

SN. 5.2.2021: Zauner, Karin: Reden ist Gold. Schweigen ist Blech. Seite 4.

SN. 5.2.2021: Kanada stuft „Proud Boys“ als Terroristen ein. Seite 7.

SN. 11.3.2021: 12.3.2021: „Warum sollten wir Rabatte zurückfahren?“ Gespräch mit Vorstand Fritz Poppmeier, Spar Vorstand und Familienmitglied einer der drei größten Gründungsfamilien. Seite 15.

SN. 12.3.2021: Arkansas verschärft Abtreibungsgesetz. Seite 7.

Ö1, 23.1.2021: Diagonal zu Thomas Piketty.

Ö1, 12.2.2021: Punkt Eins zum Thema Vermögensverteilung

Ö1, 20.2.2021: Klassiktreffpunkt

Ö1, 6.3.2021: Hörbild „Darf's ein bisschen weniger sein? - Systemerhalterinnen viel Applaus, wenig Lohn.“